

Vortrag: Autoritäre Zeitenwende

Thomas Hagenhofer

Einleitung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir leben in einer Zeit, die von vielen seit Februar 2022, nach der Rede von Olaf Scholz, als *Zeitenwende* bezeichnet wird.

Meist ist damit die Außen- und Kriegspolitik nach Beginn des Ukraine-Russland-Kriegs gemeint. Ich möchte über einen anderen Aspekt der derzeitigen Veränderungen sprechen: die **autoritäre Zeitenwende**.

In den letzten Jahren beobachten wir in Deutschland, in Europa und auch in den USA eine deutliche Verschiebung.

Bürgerlich-demokratische Staaten verändern ihr Gesicht.

Sie nehmen zunehmend autoritäre Züge an.

Freiheitsrechte werden eingeschränkt.

Die Spielräume für Opposition kleiner.

Repression gegen insbesondere linke und antifaschistische Gruppen härter.

Weil dies in nahezu allen Staaten des sogenannten Werte-Westens geschieht, will ich drei Fragen stellen:

1. Welche Ursachen treiben diese Entwicklung an?
2. Wie äußert sie sich konkret – besonders in Deutschland und den USA?
3. Und: Was bedeutet das für uns, die wir für Demokratie, soziale Rechte, Frieden und Solidarität eintreten?

(Pause)

1. Ursachen: Krise des Kapitalismus – Krise der Demokratie

Die erste Ursache liegt in der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus. Dies zeigt sich besonders in drei Bereichen:

- **Ökonomisch:** Wir sehen schwaches Wachstum, insbesondere in Deutschland Rezession oder Stagnation, steigende Verschuldung von Staat und vielen Bürger:innen, extreme Ungleichheit. Wenige Superreiche, Konzerne und Banken profitieren – die Mehrheit verliert.
- **Sozial:** Wir sehen wachsende Wohnungsnot, unsichere Jobs, hohe Preise und teilweise unbezahlbare Mieten. Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Politik.
- **Politisch:** Wir erleben europaweit eine Krise der politischen Systeme. Der Staat muss die Interessen von Konzernen und Banken sichern. Wenn Zustimmung fehlt, bleibt oft nur Zwang.

Der bürgerlich-demokratische Staat steht also vor einem Dilemma:

Er will demokratisch erscheinen – muss aber kapitalistische Macht verteidigen.

Ingar Solty führte auf den Gramsci-Tagen in Braunschweig folgendes aus:

„Die Erosion der Hegemonie nach innen macht den Kapitalismus auch innergesellschaftlich extrem illiberal. Anstatt einer kritischen Selbstreflexion erfolgt eine Projektion der Gründe für den Verlust des Vertrauens der Bevölkerung nach außen. Sie werden der Einflussnahme Russlands und seiner „5. Kolonne“, der vermeintlichen Anhängerschaft in der eigenen Gesellschaft, zugeschrieben. Die „wehrhafte Demokratie“ dient dann dazu, durch Repressionen abzuschrecken und kritische Ansichten zu unterdrücken, siehe z.B. den Verfassungstreue-Check in Brandenburg, die Antisemitismus-Resolution des Bundestags und die Diskussion um die „Staatsräson“ im Hinblick auf den Gaza-Krieg. Gleichzeitig wird eine innere Militarisierung vorangetrieben, die sich u.a. an der Aufhebung der Zivilklausel für Forschungseinrichtungen und an der Präsenz der Bundeswehr in Schulen ablesen lässt. Die Illiberalisierung im internationalen System zeigt sich auch in der Rehabilitierung von rechten Begriffen, Theorien und Praktiken aus dem 19. und 20. Jh. Der alte Ausdruck „Autarkiestreben“ wurde durch „Derisking“ ersetzt; der politische Kontext bleibt derselbe. Der Westen bricht hiermit einseitig die selbst geschaffenen Regeln. Paradoxiertweise stellt China unter den großen Wirtschaftsmächten die letzte Nation dar, die den freien Welthandel verteidigt.“ (Pause)

2. Ausdrucksformen der autoritären Zeitenwende

a) Polizeigesetze in Deutschland

Besonders deutlich wird das in den Polizeigesetzen.

- Fast alle Bundesländer haben sie verschärft. Immer mehr erlauben den Einsatz von umstrittenen Tasern – also hoch gefährlichen Elektroschockwaffen.
- Neu ist der Begriff der „**drohenden Gefahr**“.
Das heißt: Die Polizei darf überwachen, Menschen in Gewahrsam nehmen oder ihre Freiheit einschränken – auch ohne den Hinweis auf eine konkrete Straftat.

Die Logik wird also umgekehrt:

Nicht die Tat ist entscheidend, sondern eine Vermutung.

In Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen gibt es Gesetze, die monatelange Präventivhaft ermöglichen.

Dazu weitgehende Überwachung, Staatstrojaner, elektronische Fußfesseln.

Damit rüstet sich der Staat nicht nur gegen Kriminalität – sondern auch gegen Proteste und Bewegungen.

(Pause)

b) Repression gegen Palästina-Solidarität und gegen die militante Friedensbewegung

Ein zweites Beispiel ist die Repression gegen Menschen, die sich mit Palästina solidarisieren.

- Demonstrationen werden verboten.
- Studierende, die Proteste organisieren, werden bestraft oder exmatrikuliert.
- Veranstaltungen, Vorträge, kulturelle Abende werden abgesagt.

Oft geschieht das mit dem Vorwurf des Antisemitismus – ohne Beweise.

Das bedeutet: Kritik an der Politik Israels wird kriminalisiert.

Solidarität mit den Opfern in Gaza wird unter Verdacht gestellt.

Hier wird ein sensibles Thema genutzt, um Repression salonfähig zu machen – sogar unter vermeintlich linken oder liberalen Kräften.

Und das in einem Land, das sich selbst als „Hort der Demokratie“ darstellt.

Neuer Höhepunkt der Angriffe auf die Friedensbewegung waren zunächst die Versuche, die Aktionen von „Rheinmetall entwaffnen“ zu verbieten. Nachdem dies misslang, wurde die Demo in Köln massiv durch Polizeikräfte angegriffen. Dies hat zu Verletzungen von zwischen 147 und 235 Menschen geführt. 18 Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Schlusskundgebung wurde verhindert. Zwischenzeitlich wurde die Demo 3 Stunden lang von der Polizei aufgehalten. Ein Teil der Demo stundenlang eingekesselt. Auch für die konfrontativ ausgerichteten Teile der Friedensbewegung werden die Zeiten härter. Das Signal ist klar: Störungen der Kriegsertüchtigungen sollen mit harten Maßnahmen der Staatsgewalt zurückgedrängt werden.

(Pause)

c) USA: Repression und autoritäre Tendenzen

Noch deutlicher sehen wir diese Entwicklung in den USA.

- „Black Lives Matter“ wurde systematisch kriminalisiert.
- Massive Überwachung durch NSA, FBI und Homeland Security.
- Hetzjagd auf Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus
- Polizeigewalt – vor allem gegen Schwarze und Minderheiten.
- Angriffe auf Medien und Medienvertreter

Auch Proteste gegen den Krieg in Gaza oder gegen Rüstungspolitik stoßen dort auf harte Gegenmaßnahmen.

Hinzu kommt die Erosion der Demokratie:

Wahlmanipulationsvorwürfe, extreme Polarisierung,

und Politiker wie Trump, die offen mit diktatorischen Methoden drohen und sie bereits umsetzen.

Ob der autoritär-diktatorische Trumpismus langfristig erfolgreich sein wird, ist immer noch offen. Die auftretenden gesellschaftlichen Widersprüche sind Gift für ein gutes Investitionsklima. Sollte sich dieser Kurs in den USA langfristig festsetzen, wird das auch Auswirkungen auf Europa haben. Bereits jetzt erleben wir in der CDU Versuche, diesen Politikstil auch bei uns salonfähig zu machen. Bei einer nach den nächsten Wahlen drohenden AfD-CDU-Bundesregierung müssen wir uns auf ähnliche Entwicklungen wie in den USA einstellen.

(Pause)

3. Politische Funktion der autoritären Wende

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie hat eine Funktion.

- Die autoritäre Wende ist die Antwort der Herrschenden auf ihre Krise.
- Sie sichert Eigentums- und Machtverhältnisse gegen wachsenden Widerstand.
- Sie soll Proteste einschüchtern und Bewegungen spalten.

- Dabei helfen ihnen Parteien wie die AfD, die die arbeitenden Menschen gegeneinander oder gegen noch schwächere hetzt und die – noch aus der Opposition heraus – den Abbau demokratischer Rechte weiter beschleunigt.

Wer gegen Krieg, Aufrüstung oder soziale Ungleichheit aufsteht,
wer Solidarität mit Palästina zeigt,
soll sich unsicher fühlen.

Die Herrschenden sind noch nicht gezwungen, wie 1933 zu der Option „Faschismus an der Macht“ zu greifen, aber sie verändern massiv die bürgerliche Demokratie, um ihre Macht abzusichern. Wir erleben einen Übergang zu einer Gesellschaft und einem Staat, die für neue Kriege Ruhe an der Heimatfront braucht. Dies muss nicht zwangsläufig in den Faschismus führen, bedeutet aber eine dramatische Verschlechterung unserer Kampfbedingungen.

Die Botschaft lautet:

„Vielleicht wirst du überwacht.

Vielleicht wirst du kriminalisiert.

Vielleicht darfst du gar nicht demonstrieren.“

(Pause)

4. Die Gefahr der Normalisierung

Die größte Gefahr liegt in der Gewöhnung.

- Eingriffe in Grundrechte werden plötzlich selbstverständlich.
- Polizeigesetze heißen nur noch „Sicherheitsmaßnahmen“.
- Zensur gegen Palästina-Solidarität wird als „Kampf gegen Antisemitismus“ verkauft.

So wird Schritt für Schritt Demokratie ausgehöhlt.

Und gleichzeitig führen dieselben Staaten Kriege – im Namen der Demokratie und unterstützen den Genozid in Gaza.

Mario Neumann von medico schrieb dazu schon im letzten Jahr:

„Man kann heute wieder etwas von dieser Ausweglosigkeit spüren, mit der einst gegen einen ähnlichen Kriegstaumel mobilisiert wurde, dessen Wiederkehr man lange für ausgeschlossen hielt. Der sich im Fahrwasser der Kriegslogik erdrutschartig beschleunigende Rechtsruck der gesamten politischen Landschaft ist dabei auch Ausdruck der Tatsache, dass sich das Fenster einer progressiven Gesellschaftstransformation geschlossen hat. Die kritische Zivilgesellschaft und ihre Organe, lange Zeit zumindest politische Stichwortgeber, stehen größtenteils im Abseits; übrig geblieben ist das politische Pingpong-Spiel von neoliberaler Mitte und rechtskonservativen und faschistischen Kräften. Die zu keinem kohärenten politischen Programm mehr integrierten Versatzstücke einer liberalen, progressiven Politik sind kaum noch mehr als Rhetorik. Untergründig wirkt stattdessen die Freund-Feind-Logik des Krieges, leichter verdaulich gewendet in ein moralisches Gut-Böse-Schema, aber ohne jeden Horizont. Diese Logik ist scheinbar zur letzten großen „Alternativlosigkeit“ des neoliberalen Zeitalters geworden. Darin bleibt, anstelle eine der Seiten zu wählen, innen- wie außenpolitisch nur der Platz zwischen den Stühlen.“

(Pause)

5. Was tun?

Die entscheidende Frage: Wie reagieren wir?

Erstens: **Öffentlich machen.**

Wir müssen über diese autoritären Entwicklungen reden, sie benennen, sie sichtbar machen.

Zweitens: **Solidarität organisieren.**

Repression trifft zuerst Einzelne – gemeint sind aber immer wir alle.

Drittens: **Grundrechte verteidigen.**

Freiheit ist nicht selbstverständlich. Sie muss immer neu erkämpft werden.

Viertens: **Alternative Perspektiven entwickeln.**

Die autoritäre Wende ist ein Symptom der kapitalistischen Krise.

Wirklich überwinden können wir sie nur, wenn wir auch diese Verhältnisse überwinden.

Wir sind dieser neuen Situation nicht wehrlos ausgeliefert. Die oben angerissenen Widersprüche bringen neue Kräfte und neue Chancen für kommunistische Politik hervor. In vielen Regionen bilden sich neue Bündiskonstellationen, zumeist um die Friedensfrage, aber auch um die Palästinasolidarität. Das Zusammenführen von Bewegungen gegen Militarismus, Faschismus, Palästinasolidarität und autoritäre Wende sollte das Ziel sein. Im Saarland haben wir dazu das Bündnis solidarische Linke gegründet.

In der Einleitung des Selbstverständnisses unseres Personenbündnisses schreiben wir:

Solidarität ist die Gegenmacht von unten gegen diese Unterdrückung, Ausbeutung, Diskriminierung und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Sie ist unverzichtbar im Kampf gegen die international organisierte Kapitalmacht.

Für uns ist Solidarität die Grundvoraussetzung, um gesellschaftlichen Fortschritt zu erkämpfen. Sie muss vor Ort und international organisiert werden.

Vor Ort wollen wir mit unserem Bündnis einen Raum schaffen, um konkret Solidarität zu leben und im besten Fall eine Anlaufstelle werden, die praktische Hilfe für Betroffene von Repression und Diskriminierung vermittelt.

(...)

Eine solidarische Gesellschaft bedeutet für uns u.a.:

- umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft
- freie Willensbildung und Meinungsäußerung, sofern sie nicht die Rechte anderer verletzt
- gleichberechtigten und freien Zugang zu Bildung, Sport und Kultur, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Mobilität für alle
- wirtschaftliche Absicherung in allen Lebenslagen
- direkte Beteiligung aller Menschen an politischen Entscheidungen
- Geschlechtergerechtigkeit und Diskriminierungssensibilität

Wir wollen eine radikal andere, eine sozialistische Gesellschaftsperspektive erkämpfen. Dabei wollen wir die bisherigen Erfahrungen revolutionärer Kämpfe und alternativer Gesellschaften nutzen.

Auf internationaler Ebene setzen wir uns ein für gerechten Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit der Völker auf Augenhöhe. Wir sind solidarisch mit den durch Kolonialismus unterdrückten Völkern und ihrem Kampf für ihr Selbstbestimmungsrecht.

Wir stehen für eine Internationalisierung der Kämpfe um Befreiung. Wir wollen uns mit anderen fortschrittlichen Bewegungen vernetzen und zusammen die gemeinsamen Gegner bekämpfen.

An unserem Bündnis wollen wir Menschen aus möglichst vielen verschiedenen Lebensrealitäten beteiligen. Insbesondere sollen Menschen gehört werden, die durch Kapitalismus, Rassismus und Diskriminierung benachteiligt werden.

Einige von uns sind Mitglieder linker Parteien, die meisten sind parteilos; wir sind aktiv in Initiativen und Gewerkschaften, auf Demos und Versammlungen, mit Kunst oder Social Media, in Solidaritätsgruppen oder auch einzeln.

Politische Aktionen wollen wir mit Theorie- und Bildungsarbeit verbinden. Wir entwickeln praktische Solidarität gemeinsam mit denen, die unter den Folgen autoritärer, rassistischer und neoliberaler Politik leiden. Als Raum dafür wollen wir ein eigenes Zentrum aufbauen.

(Pause)

Schluss

Liebe Genoss:innen,

wir erleben eine autoritäre Zeitenwende.

Die westlichen Demokratien reden von Freiheit und Menschenrechten – und zeigen doch ein anderes Gesicht: Überwachung, Repression, Einschränkung.

Aber: Jede autoritäre Entwicklung stößt auch auf Widerstand.

In den USA, in Deutschland, weltweit gehen Menschen auf die Straße, verteidigen ihre Rechte, kämpfen für Freiheit.

Unsere Aufgabe ist es, diese Kämpfe zu verbinden.

Solidarität aufzubauen.

Und deutlich zu machen:

Die beste Antwort auf die autoritäre Zeitenwende ist eine solidarische, demokratische und marxistische Bewegung, die sich nicht einschüchtern lässt.

Vielen Dank.
